

Erwiderung des Preisträgers bei der Verleihung des Preises um Verdienste für die soziale Demokratie durch die SPD-Landtagsfraktion am 14.10.2012 in Rastsatt

Sehr geehrte Damen und Herren

Auch von meiner Seite ganz herzlichen Dank für die mit dem Preis verbundene Anerkennung unserer Unterstützungsarbeit für die Familie Avdijaj.

Mein Dank geht an dieser Stelle insbesondere auch an die Tübinger Landtagsabgeordnete Rita Haller-Haid und die in der Gomaringer Nachbargemeinde Dusslingen wohnhafte Herta Däubler-Gmelin. Beide haben die Familie Avdijaj von Beginn unterstützt. Und das nie mit Blick auf Presse oder Öffentlichkeit.

Ich erinnere mich zum Beispiel an eine Mail von Herta Däubler-Gmelin, „Ich bin gerade noch in Bangladesch, kann aber am Montag wieder für Sie arbeiten“ ... sie hat sich auch mit Elvira und Edvin getroffen, was für die beiden ein im wahrsten Sinne des Wortes eindrucksvolles Erlebnis war. Sie sagten danach zu mir: „Wir waren so froh, dass du dabei warst!“

In dem Empfehlungsschreiben für Elvira und Edvin an die Hans-Böckler-Stiftung und die Friedrich-Ebert-Stiftung, schreibt Frau Professor Däubler-Gmelin nach diesem Gespräch: „Ich habe in meinem bisherigen Leben viele eindrucksvolle junge Leute erlebt. Elvira und Edvin Avdijaj gehören ganz ohne Zweifel zu den eindrucksvollsten unter ihnen. Ich bin davon überzeugt, dass sie eine sehr gute Zukunft vor sich haben und jede Förderung verdienen.“

Das hat uns natürlich sehr geholfen, tatsächlich Stipendien zu bekommen, und ohne Stipendium kein Studienplatz und ohne keinen Studienplatz keine Möglichkeit wieder hier, in der „Heimat“ zu leben.

Natürlich sind wir auch stolz auf das, was wir in Gomaringen in diesem Einzelfall über die Jahre erreicht haben.

Aber ich gebe zu, ich war auch ein wenig irritiert, als ich von dem Preis erfahren habe. Warum ausgerechnet wir? Ich sehe um mich rum viele Menschen, die über eine sehr viel längere Zeit und viel entschiedener als wir Flüchtlinge unterstützen, ohne dass dies öffentlich so wahrgenommen wird wie dieser Gomaringer Fall.

Vor zwei Wochen besuchte ich im Tübinger Friedwald die Beisetzung von Monika Calmbach aus Reutlingen, die im Sommer im Alter von 55 Jahren gestorben ist.

Nach den ersten Reden gingen nacheinander mehrere Menschen ans Mikrophon, die als Flüchtlinge nach Reutlingen gekommen sind und in Moni nicht nur eine Unterstützerin, sondern eine Freundin und Gefährtin gefunden haben.

Diese Abschiedsworte haben mich nicht nur tief berührt, sondern auch beschämt in der darin zum Ausdruck kommenden Selbstverständlichkeit von Solidarität auf Augenhöhe. Von dieser Solidarität auf Augenhöhe reden wir gerne, leben es aber all zu selten.

Ihr würde ich gerne diesen Preis weitergeben, stellvertretend für die vielen - und doch leider immer auch viel zu wenigen - Menschen in Baden-Württemberg, die in Flüchtlingsarbeitskreisen, in Asylcafes, bei Besuchen in Abschiebegefängnissen, bei der medizinischen Unterstützung von Illegalisierten, der ehrenamtlichen Betreuung von traumatisierten Menschen sich für das Recht auf Menschenwürde der Menschen, die auf der Flucht von Krieg, Unterdrückung, Verfolgung, Armut zu uns gekommen sind.

Immer in dem Bewusstsein: Sie sind hier, weil wir dort waren. Sie – die Flüchtlinge - sind hier, weil wir – oder besser unsere Vorfahren - dort waren und wir heute noch dort sind. Sie fliehen auch – nicht nur - aufgrund von Lebensbedingungen für die wir mitverantwortlich

sind. Durch die Ausbeutung von Menschen und Rohstoffen durch westliche Konzerne, durch Kriege, in denen es auch um „unsere“ Wirtschaftsinteressen geht, geführt von Soldaten, die nicht selten vom Westen ausgerüstet sind.

Ich habe mich daher entschlossen, meinen Teil des Preisgeldes an die „Aktion Bleiberecht“ in Freiburg weiterzuleiten, die sich vermutlich in absehbarer Zeit keiner Preise der SPD erfreuen darf. Sie setzen sich für einen endgültigen Abschiebestopp von Roma ein, sie setzen sich für illegalisierte Menschen ein, sie stören die Abschiebungen vom Baden-Airport hier in direkter Nachbarschaft. Sie verbinden eine humanitäre Unterstützung mit politischer Einmischung.

Wir haben den Preis erhalten, weil wir uns – so in der Einladung für diese Matinee - „seit nun mehr fast zehn Jahren für eine in den Kosovo ausgereisten Familie eingesetzt“ haben. Dies sei „ein bewundernswertes Beispiel gelebter Solidarität und grenzenloser Freundschaft - allen Hindernissen zum Trotz.“

Als ich diesen Satz „eine in den Kosovo ausgereiste Familie“ gelesen habe, hatte ich sofort die Bilder vor Augen, wie wir mit der Familie in ihrem Wohnzimmer saßen und die blanke Verzweiflung erlebten. Die Eltern, die ihren Kindern eine bessere Zukunft ermöglichen wollten, und nicht verstehen konnten, warum sie nach so vielen Jahren nicht dort bleiben können, wo sie lange heimisch geworden waren, die nicht wussten wie sie ihren Kindern erklären sollen, dass sie in ein Land ausreisen sollen, das sie nicht kennen, dessen Sprache sie nicht kennen. Diesen Kindern, die hier in Gomaringen trotz dieses menschenunwürdigen Duldungsstatusses geschafft haben, ein einigermaßen normales Leben zu führen.

Zu sagen, sie seien „in den Kosovo ausgereist“ mag juristisch richtig sein, falsch bleibt es trotzdem. Und es ist in den Ohren der Betroffenen zynisch. Schauen sie sich mal den SWR-Film an, Sie finden den Youtubelink- ihn auf der Homepage www.aufruf-gegen-abschiebung.de und schauen sie sich Archivaufnahme dieser „Ausreise“ an. Sie sind nicht ausgereist, sie wurden vertrieben - und das trotz wirklich beeindruckender Proteste aus weiten Kreisen der Bevölkerung.

10 Jahre später habe ich mit dem Netzwerk rassismuskritische Migrationspädagogik versucht, beim Innenministerium 3000 Unterschriften des Aufrufs „PädagogInnen gegen die Abschiebung von Roma in den Kosovo“ zu übergeben.

In diesem Aufruf ging es uns – formuliert aus der Erfahrung der Familie Avdijaj – darum, dass Kinder die ihr ganzes Leben in dieser Gesellschaft verbracht haben, Teil dieser Gesellschaft sind und nicht mehr abgeschoben werden dürfen. Unabhängig von der Situation im Herkunftsland. Es ging uns darum, dass wir es unerträglich finden, dass sich auch Baden-Württemberg nicht entschieden gegen die Massenabschiebung von Tausenden von Roma stellt, die seit vielen Jahren hier leben. Als hätte es den Völkermord an Roma und Sinti auf deutschen Boden nie gegeben.

Unterschrieben hatten diesen Aufruf allein über 100 namhaften PädagogikprofessorInnen, die Landes- und Bundesvorsitzenden von verdi und GEW, Vertreter von Romaverbänden und viele andere.

Die Antwort von Herrn Gall war, dass sie Rückführungen „mit Augenmaß“ gestalten würden, um die Kommunen im Kosovo mit ihren Reintegrationsmöglichkeiten nicht zu überfordern. Empfangen hat er uns nicht. Sie können seine Antwort gerne nachlesen auf der Seite www.aufruf-gegen-abschiebung.de. Uns ging es um ein Bleiberecht, ihm offenbar um die humane Abwicklung der „Ausreise“.

Vor diesem Hintergrund möchte ich noch einmal deutlich machen, was uns bewegt hat, nicht gleichgültig zu bleiben, wenn MitbürgerInnen aus unserem Dorf abgeschoben werden sollen. Sie schreiben: dies sei „ein bewundernswertes Beispiel gelebter Solidarität und grenzenloser Freundschaft - allen Hindernissen zum Trotz.“

Bei der Unterstützung der Familie Avdijaj ging es nicht (nur) darum, caritative Unterstützung zu leisten auch nicht (nur) um grenzenlose Freundschaft. Es ging um den Versuch, staatlichem Unrecht entgegen zu treten, zuerst in dem Versuch, die Abschiebung zu verhindern, dann im Versuch zumindest den Kindern den Kontakt zu dem von ihnen als Heimat erlebten Land zu ermöglichen und schließlich in dem Versuch, ihnen die Rückkehr zu ermöglichen.

Freundschaft war für manche von uns der Ausgangspunkt. So zum Beispiel der Vater der besten Freundin von Elvira. Er arbeitet als Polizist und schildert in dem SWR-Film anschaulich seine eigene Zerrissenheit, wie er als Vertreter des Staates seiner Tochter erklären musste, warum ihre Freundin abgeschoben werden soll. Er hat sich über die Jahre für Elvira eingesetzt.

Für mich zum Beispiel war Freundschaft nicht Ausgangspunkt unseres Handelns, sondern das Ergebnis der langjährigen Zusammenarbeit. Ausgangspunkt war die Haltung, nicht in einem Land leben zu wollen, in dem Zugehörigkeit über ein Kinderleben hinweg nicht selbstverständlich wird.

Der oben genannte Aufruf war genau aus dieser Erfahrung heraus geschrieben. Was an der Unterstützungsgeschichte hier wirklich bemerkenswert ist, dass Waltraud Klett und andere Kolleginnen aus der Schlossschule in Gomaringen das getan haben, was keiner Freundschaft bedarf und keiner Solidarität, sondern was ich schlichtweg als professionelle Selbstverständlichkeit sehen möchte. „Wir lassen uns unsere Kinder nicht wegnehmen!“

3000 PädagogInnen – viele aus Baden-Württemberg - haben aus dieser Erfahrung heraus folgende Selbstverpflichtung unterschrieben:

„Wenn wir vor Ort mit einer drohenden Abschiebung konfrontiert sind, werden wir im Rahmen unseres pädagogischen Auftrags den Kindern, Jugendlichen und ihren Familien Unterstützung anbieten und uns - wenn sie es wünschen - öffentlich gegen die Abschiebung positionieren.

Ein Eintreten gegen die Abschiebung der Kinder ist menschenrechtlich geboten. Diese Kinder sind Teil unserer Gesellschaft und haben ein **Kinderrecht** auf Bildung und auf Selbstbestimmung.

Wir handeln aus unserer **Fürsorgepflicht** gegenüber den uns anvertrauten Kindern und Jugendlichen. Eine Abschiebung kann für sie traumatische Wirkungen haben.

Wir handeln in der Verpflichtung einer professionellen **Beziehung**. Die Kinder haben uns Vertrauen entgegen gebracht und dürfen unsere Anteil- und Parteinahme erwarten.

Wir handeln aus **demokratischer Verpflichtung** als Pädagog/innen gegenüber allen Kindern, die die Abschiebung ihrer Freund/innen verunsichert und ängstigt.

Wir handeln aus **historischer Verantwortung** gegenüber einer der Opfergruppen des Nationalsozialismus.

Eine Ausnahmeregelung nur für bildungserfolgreiche Kinder lehnen wir auch aus pädagogischen Gründen ab. Wir setzen auf ein menschenrechtlich begründetes Bleiberecht für alle Betroffenen.

Wir fordern die Landesregierung in Baden-Württemberg auf, die geplanten Abschiebungen endgültig zu stoppen und für diese Kinder und Jugendlichen und ihre Familien eine

großzügige und langfristig gesicherte Bleiberechtsregelung zu schaffen. Alle anderen Landesregierungen fordern wir auf, sich diesem Beispiel anzuschließen.“

Wenn eine Botschaft mit diesem Preis verbunden sein sollte, dann – aus meiner Sicht – diese: Das engagierte professionelle Eingreifen von Waltraud Klett und anderen muss Schule machen. Ich wünsche mir Schulen und andere pädagogische Einrichtungen, die sich in aller Deutlichkeit, warum nicht mit einem Schulstreik dagegen stellen, wenn aus ihrer Mitte ungerechtfertigter Weise Kinder abgeschoben werden. Gerne dürfen sie sich dann auch auf Friedrich Hecker berufen.

Waltraud Klett hat in ihrer Erwiderung gerade anschaulich beschrieben, wie wichtig es für sie als Lehrerin, aber auch für die anderen Kinder der Klasse und der Schule war, hier eindeutig dagegen zu stehen, wie sie sonst nicht mehr gewusst hätte, wie sie mit diesen Kindern nach Gemeinschaftskundeunterricht hätte machen können. Für Elvira und Edvin war diese Erfahrung sicherlich eine der Ressourcen, die sie mitgenommen haben in das für sie fremde Kosovo. Ohne diese Erfahrung der Solidarität hätten sie womöglich diesen Weg nicht so gehen können.

Ich weiß darum, dass viele in der SPD diese Auffassung teilen und hoffe, auch diesen Preis so interpretieren zu dürfen.

Ich wünsche mir, dass diese Partei, die Preise für soziale Demokratie an die vergibt, die sich in Einzelfällen für die Opfer ungerechtfertigter Abschiebungen einsetzen, ihre Regierungsverantwortung entschieden nutzt, sich gegen die bundesweit geplante Abschiebung von tausenden von langjährig in Deutschland lebenden Roma und Ashkali-Familien zu stellen.

Die nun beschlossene Einzelfallprüfung mag ein Fortschritt sein. Auch weil die Regierung verspricht, nicht nur nach dem Kriterium der Integration zu entscheiden, sondern auch humanitäre Gründe und auch die Beziehung zum Herkunftsland berücksichtigt.

Wir wissen aber auch aktuell von Roma und Ashkali-Familien in einer ähnlichen Situation wie die Avdijajs damals waren, die sich nicht sicher sein können, nicht in den Kosovo oder anderswo abgeschoben zu werden. Alleine diese Unsicherheit ist unmenschlich. Auch die Avdijajs könnten sich heute nicht sicher sein. Es wird auch von den SPD-VerteterInnen im Petitionsausschuss abhängen, ob diese Familien bleiben können oder nicht.

Dabei darf es nicht darum gehen, ob alle Mitglieder der Familie immer perfekt funktioniert haben und für unsere Gesellschaft nützlich sind. An dieser Frage sind selbst Avdijajs gescheitert.

Es wäre sicherlich ein merkwürdiges Gefühl, heute von Ihnen diesen Preis entgegen zu nehmen und morgen zu hören, dass Familien wie die Avdijajs wieder abgeschoben werden.

Ich möchte diese Gelegenheit auch nutzen, Sie zu bitten, das Ihnen mögliche zu tun, dass die Strukturen wie der Landesflüchtlingsrat und andere lokale Anlaufstellen mit zumindest kleinen hauptamtlichen Ressourcen, finanziell so gesichert werden, dass solche Initiativen wie unsere überhaupt erst möglich werden. Schon wir waren auf die Unterstützung angewiesen, obwohl es Erfahrungen in der Flüchtlingsarbeit gab. An anderen Orten würde das Engagement von Menschen, die aus Freundschaft und Solidarität handeln wollen, verpuffen ohne solche Unterstützung.

Auch möchte ich Sie bitten, die Regierungszeit zu nutzen, weitere Schritte der Verbesserung der Lebensbedingungen von Flüchtlingen zu gehen. Die Abschaffung der Residenzpflicht, die Umsetzung des Urteils des Verfassungsgerichtes bezüglich Höhe der Sozialhilfesatzes, sind wichtige Schritte. Jetzt geht es um die endgültige Abschaffung der unmenschlichen Esspakete, gegen die unsere Initiative schon vor 20 Jahre protestiert hat. Es geht um einen angemessenen Wohnraum und so weiter.

Wir sind in einer Situation wieder steigender Flüchtlingszahlen. Und schon wieder geht hört man die Rede von den Grenzen der Belastbarkeit- obwohl wir nach der faktischen Abschaffung des Asylrechts Anfang der 90 er Jahre noch weit entfernt sind von den Zahlen der 90er Jahre. Wir wissen alle, wo dieses schwadronieren vom vollen Boot damals geführt hat. Wir alle, die wir uns im politischen Raum bewegen, haben hier eine hohe Verantwortung, dass hier nicht wieder der Boden bereitet wird für Republikaner im Landtag, für gewaltsame Übergriffe, Brandanschläge und Pogrome.

Danke, dass Sie uns diese Erwiderung zugestanden haben. Ich denke, es ist im Geiste Friedrich Heckers, hier nicht nur selbstzufrieden Danke zu sagen, sondern dieses Gedenken als Ansporn für uns alle zu nutzen, uns mit Ungerechtigkeit, Ausgrenzung und Rassismus nicht zufrieden zu geben.

Ich habe immer noch die Vision einer Welt, in der solche Preise nicht mehr nötig sind, weil dieses Handeln der Mitmenschlichkeit so alltäglich ist, dass es nicht mehr besonders herausgehoben werden muss.

Eine Welt in der Menschen nicht mehr nach ihrer Nützlichkeit bewertet werden.

Eine Welt, in der der Mensch den Menschen ein Freund ist.

Dies verstehe ich unter Sozialer Demokratie.

Andreas Foitzik, 14.10.2012